EUROPA 06.08.2026 | Anna Terrón

Grenzen der Kontrolle

Warum Ceuta weit mehr als eine Migrationskrise ist – und was Europa daraus lernen sollte.

Die Ankunft von rund 70 000 Menschen innerhalb weniger Tage in Ceuta – überwiegend junge Marokkanerinnen und Marokkaner – war die größte irreguläre Grenzüberschreitung, die dieser Abschnitt der europäischen Südgrenze je erlebt hat. Dutzende Menschen kamen bei dem Versuch ums Leben, die spanische Exklave zu erreichen. Das Ausmaß der Ereignisse verleitet dazu, nach einer einzigen Erklärung zu suchen. Doch kein Faktor alleine greift für sich genommen. Ceuta hat zweifellos eine Migrationskrise erlebt. Zugleich handelt es sich aber auch um eine politische und geopolitische Krise mit vielen Ursachen, an der zahlreiche Akteure mit unterschiedlichen Interessen und einem bis heute schwer zu bestimmenden Maß an Verantwortung beteiligt waren.

Der unmittelbare Auslöser scheint vergleichsweise klar. Ein jüngstes Urteil des spanischen Obersten Gerichtshofs stellte fest, dass das für die Exklaven Ceuta und Melilla vorgesehene Ausnahmeverfahren der sofortigen Zurückweisung an der Grenze nicht auf Personen angewendet werden darf, die beim Versuch, schwimmend einzureisen, auf See abgefangen werden. Das Urteil ist zwar umstritten, seine Tragweite jedoch eindeutig: Es öffnete weder die Grenze noch verhinderte es die Rückführung irregulär Eingereister. Es verpflichtete die Behörden lediglich dazu, das reguläre Rückführungsverfahren mit den gesetzlich vorgesehenen Garantien anzuwenden, anstatt der bislang praktizierten unmittelbaren Zurückweisung von Personen, die versuchen, die Grenzanlagen zu überwinden.

In den sozialen Medien wurde aus dieser Gerichtsentscheidung jedoch etwas völlig anderes. Dort verbreitete sich die Botschaft, die Grenze sei offen und jeder, der über das Meer nach Ceuta gelange, könne nicht mehr zurückgeschickt werden. Diese irreführende Information verbreitete sich mit enormer Geschwindigkeit und weckte die Erwartung einer einmaligen Gelegenheit, nach Europa zu gelangen. Doch auch das erklärt nicht, wie sich eine digital verbreitete Hoffnung in eine Bewegung solchen Ausmaßes verwandeln konnte. Ebenso wenig ist klar, welchen Nutzen kriminelle Schleusernetzwerke – denen vielfach eine zentrale

Rolle zugeschrieben wurde – aus den Grenzübertritten gezogen haben, die größtenteils eigenständig, zu Fuß oder schwimmend und ohne Bezahlung für einen illegalen Transport erfolgten.

Ceuta ist eine spanische Stadt an der nordafrikanischen Küste, die vollständig von marokkanischem Staatsgebiet umgeben ist. Das Gebiet bildet eine Außengrenze Spaniens sowie der EU, auf das Marokko territoriale Ansprüche erhebt. Die Stadt gehört zwar zum Schengen-Raum, unterliegt jedoch einer Sonderregelung. Reisen von Ceuta auf das spanische Festland sind Identitäts- und Dokumentenkontrollen unterworfen. Wer irregulär nach Ceuta gelangt, erhält daher weder ungehinderten Zugang zum europäischen Festland noch Freizügigkeit innerhalb des Schengen-Raums. Auch während der jüngsten Krise kam es zu keinen nennenswerten Weiterreisen auf das spanische Festland oder in andere EU-Mitgliedstaaten.

Wer irregulär nach Ceuta gelangt, erhält weder ungehinderten Zugang zum europäischen Festland noch Freizügigkeit innerhalb des Schengen-Raums.

Diese Unterscheidung ist wichtig, weil Schengen rasch zum politischen Argument wurde. Italien führte wieder Kontrollen für Reisende aus Spanien ein, während mehrere europäische Politiker warnten, das Vorgehen Spaniens könne den freien Personenverkehr im Schengen-Raum gefährden.

Die meisten Menschen, die Ceuta erreichten, kehrten freiwillig nach Marokko zurück. Es gab keine groß angelegte staatlich organisierte Rückführungsaktion. Nachdem sich herausgestellt hatte, dass eine Weiterreise auf das spanische Festland nicht möglich war, und sie sich in einer überfüllten Stadt ohne Unterkunft und Perspektive wiederfanden, entschieden sich Zehntausende, über den von Spanien geöffneten Grenzübergang aus eigener Kraft zurückzukehren. Marokko ließ sie wieder einreisen. Ab einem bestimmten Zeitpunkt gingen auch die marokkanischen Sicherheitskräfte verstärkt dagegen vor, dass weitere Menschen nach Ceuta gelangten.

Dass sich die marokkanischen Sicherheitskräfte zunächst weitgehend zurückhielten, war offensichtlich und entscheidend dafür, dass die Grenzübertritte ein solches Ausmaß erreichten. Einige Beobachter vor Ort werten dies als gezielte Operation, andere als vollständigen Kontrollverlust. Zwischen beiden Deutungen liegen jedoch zahlreiche Zwischentöne und weitere Erklärungsansätze.

Hinzu kommt eine kaum zu übersehende symbolische Dimension. Die Ereignisse begannen am 30. Juli, dem marokkanischen Thronfest,

während König Mohammed VI. im rund 40 Kilometer von Ceuta entfernten Tétouan den Jahrestag seiner Thronbesteigung beging. Das Bild Zehntausender Marokkanerinnen und Marokkaner, die sich auf eine Stadt zubewegen, deren Zugehörigkeit zu Spanien Rabat bis heute nicht anerkennt, weckt in Spanien Erinnerungen an frühere Konflikte.

Damit erhält das Geschehen eine Dimension, die weit über Migrationsmanagement hinausgeht und in den Bereich der Geopolitik reicht – insbesondere im Mittelmeerraum, in dem das Seerecht bereits im östlichen Mittelmeer und in der Straße von Hormus zunehmend unter Druck gerät. In Ceuta und an der Straße von Gibraltar treffen Fragen von Souveränität, Sicherheit und regionalem Gleichgewicht auf Migrationspolitik – zwischen zwei Staaten, deren Zusammenarbeit beim Grenzschutz ebenso eng wie asymmetrisch ist.

Mit Blick auf die Migration nimmt Spanien in Europa derzeit eine besondere Stellung ein.

Mit Blick auf die Migration nimmt Spanien in Europa derzeit eine besondere Stellung ein. Die Regierung vertritt eine andere Erzählung über Migration als viele andere Mitgliedstaaten. Sie betont ihren wirtschaftlichen und demografischen Nutzen und hat zugleich eine außerordentliche Regelung für Menschen beschlossen, die bereits im Land leben und arbeiten. Gleichzeitig gehört Spanien – unabhängig von der jeweiligen Regierung – zu den Staaten mit den strengsten Kontrollen an der europäischen Südgrenze. Die spanische Regierung investierte erhebliches politisches Kapital in die Verabschiedung des Europäischen Pakts zu Migration und Asyl. Ihre innenpolitische Erzählung bedeutet daher keineswegs offene Grenzen, sondern verbindet konsequenten Außengrenzschutz mit einem pragmatischen Umgang mit jenen Migrantinnen und Migranten, die bereits Teil von Wirtschaft und Gesellschaft geworden sind.

Vor diesem Hintergrund ist auch die Kritik einiger europäischer Staaten an der jüngsten Regelung zu sehen. Für die Ereignisse in Ceuta spielte sie nachweislich keine Rolle. Sie gilt ausschließlich für Personen, die ihren vorherigen Aufenthalt in Spanien belegen konnten, und eröffnet den Menschen, die während der Krise nach Ceuta gelangten, keinen Weg zur Legalisierung ihres Aufenthalts. Sie als „Pull-Faktor“ darzustellen, überträgt eine bereits bestehende politische Kontroverse auf die Ereignisse von Ceuta. Hinzu kommt, dass einige der Staaten, die die

spanische Entscheidung kritisieren, selbst vergleichbare Instrumente eingeführt haben.

Die ersten Reaktionen in Europa waren stark von den jeweiligen nationalen Narrativen zur Migration geprägt. Einige Regierungen kritisierten Spanien und brachten die Krise mit der spanischen Regelung oder dem Funktionieren des Schengen-Raums in Verbindung, obwohl es keinerlei Weiterwanderung in andere Mitgliedstaaten gegeben hatte. Erst die Videokonferenz der EU-Innenminister am 4. August änderte diese Dynamik. Die Mitgliedstaaten bekundeten ihre Solidarität mit Spanien, würdigten die schnelle Reaktion der spanischen Behörden und sprachen sich für ein gemeinsames europäisches Vorgehen aus. Zu diesem Zeitpunkt war die unmittelbare Krise aber bereits eingedämmt.

Ceuta zeigt, wie stark eine Grenze durch das Zusammenwirken verschiedener Faktoren verändert werden kann: die Hoffnungen tausender Menschen – in diesem Fall junger Marokkanerinnen und Marokkaner –, das wechselnde Verhalten staatlicher Behörden und eine historisch belastete bilaterale Beziehung, verstärkt durch soziale Medien, die eine beispiellose Geschwindigkeit und Reichweite solcher Entwicklungen ermöglichen. Es ist nicht nötig, diese Komplexität auf einen einzigen Faktor oder gar eine Verschwörung zu reduzieren, um ihre geopolitische Dimension anzuerkennen. Ebenso wenig darf man ihre migrationspolitischen Folgen auf eben diese reduzieren.

Gerade deshalb muss die europäische Antwort diesem vielschichtigen Charakter Rechnung tragen. Sowohl migrationspolitisch als auch geopolitisch braucht die Europäische Union bessere Mechanismen zur Früherkennung und Koordinierung, wirksame Verfahren im Einklang mit den Grundsätzen des Rechtsstaats sowie eine tatsächlich gemeinsame Verantwortung für ihre Außengrenzen. In beiden Politikfeldern – Innen- wie Außenpolitik, die zunehmend miteinander verflochten sind – muss sie ihre Verwundbarkeit verringern und den inneren Zusammenhalt stärken, um die zentralen Errungenschaften der europäischen Integration und die Werte, auf denen sie beruhen, zu bewahren.



Anna Terrón

Barcelona

Anna Terrón Cusí ist *Senior Fellow* am *MPI* und Mitbegründerin von *InStrategies*. Sie ist spezialisiert auf internationale Migration und Mobilität. Von 2010 bis 2012 war sie Spaniens Staatssekretärin für Einwanderung und Auswanderung.